Nummer 82 — Halle, Sonntag den 6. April 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen-Preise nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Dr. Beauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Die Drosselung des Reiseverkehrs.

Eine Verordnung zum Schutze der Währung.

Aus der Verordnung des Reichspräsidenten über Ausreisegebühren geben wir in Ergänzung unserer gestrigen Nachricht folgendes wieder:

Von der Ausreisegebühr sind befreit:

1. Kranke, die durch eine amtsärztliche Bescheinigung nachweisen, daß sie nur an einem Platze außerhalb Deutschlands Heilung oder Besserung erwarten können;
2. erholungsbedürftige Kinder unter 14 Jahren;
3. Auswanderer;
4. selbständige Gewerbetreibende und deren Angestellte, sofern die Handelskammer schriftlich erklärt, daß es sich um eine aus geschäftlichen Gründen notwendige Reise handelt;
5. Arbeitnehmer, die sich vorübergehend in das Ausland begeben, um nachweislich dort ihrem Verdienst nachzugehen;
6. Beamte, sofern die vorgesetzte Behörde bescheinigt, daß die Reise zur Erledigung von Dienstgeschäften im Ausland erforderlich ist;
7. Vertreter inländischer Zeitungen, sofern die Berufsvertretung bescheinigt, daß die Reise ins Ausland im journalistischen Interesse liegt.

Auf Zuwiderhandlungen finden die Vorschriften entsprechend Anwendung, die für die Steuerzuwiderhandlungen in den §§ 355 bis 443 der Reichsabgabenordnung gegeben sind.

*

Die Ausnahmen, die in der Verordnung vorgesehen sind zeigen, daß die Regierung durch die Ausreisegebühr die luxuriös auftretenden gewissen neureichen Kreise treffen will, die durch übermäßiges Prassen und gerade nicht sympathisches Benehmen, das Vertrauen zum deutschen Volke, das wir langsam zurückerobern, untergraben. Ausschlaggebend aber ist die Frage der Währung. Man hat berechnet, daß die im Ausland lebenden Deutschen fast die Hälfte dessen an ausländischen Devisen verbrauchen, was an der Berliner Börse angefordert wird. Diese Anspannung geht auf Kosten der Rentenmark. Nach den Schätzungen maßgebender Stellen in Italien halten sich daselbst ungefähr 70 000 Deutsche auf. Rechnet man nach der Vorschrift des Markausfuhrverbotes, die die Begrenzung des mitzunehmenden Geldes auf 500 Mark festsetzt, daß sämtliche 70 000 Deutsche tatsächlich nur diese Summe mitgenommen haben, so ergibt sich daraus eine Ausführung von 35 000 000 Rentenmark nach Italien, die, wie zuverlässig festgestellt ist, dort mit 3 Lire für die Mark auf den Markt geworfen wird. Man kann natürlich getrost annehmen, daß sich diese Summe um das 4 bis 6fache erhöht. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Schweiz, in der sich z. B. im Januar 6000 deutsche Kurgäste aufhielten, die bei gleicher Berechnung einen Verlust von 3 Millionen Goldmark bringen. Vom finanzpolitischen Standpunkt aus erblickt die Regierung darin eine Diskreditierung der Rentenmark und somit Gefahr für die Stabilität unserer Rentenmarkwährung, die ihr zu dieser scharfen Notverordnung die Berechtigung gibt. Im übrigen hofft die Regierung, die Härten, die sich in dieser Verordnung besonders für den Mittelstand ergeben, bald mindern zu können, da es sich ja, wie besonders betont sein mag, um eine vorübergehende Notmaßnahme handelt.

* * *

Proteste des Auslandes.

Die „Basler Nachrichten" schreiben: Die Verordnung ist speziell gegen den Sommerverkehr der Schweiz gerichtet, da der Frühjahrsverkehr nach der Riviera noch verschont geblieben ist. Mit den berechtigten deutschen und schweizerischen Protesten gegen das Gebaren gewisser Schiebertypen an den Kurorten hat die Maßnahme nichts zu tun, da sie gerade die bescheidensten Reisenden am härtesten trifft und die zahlungsfähigen Großschieber nicht genieren wird. Man hat es mit einer prohibitiven Schikane großen Stils zu tun, die selbstverständlich schweizerischerseits mit einer Gegenmaßnahme ebenso großen Stils gegen deutsche Wirtschaftsfaktoren wird beantwortet werden.

*

Kopenhagen, 5. April. Alle Zeitungen bedauern die Maßnahme, die besonders den dänischen Hotelkreisen große Verluste zufügen wird. In der „Berlinske Tidende" schreibt man: Es ist zu beklagen, weil eine jede Einschränkung in dem Verkehr zwischen den Völkern ein kulturelles Minus ist. Wir sind überzeugt, daß die deutschen Touristen mit einem guten Empfang bei uns hätten rechnen können.

Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

Eine Kulturschande.

Reichskanzler Marx über die Ruhrgefangenen.

Reichskanzler Marx gewährte dem Berliner Vertreter der Associated Preß eine Unterredung über die Frage der politischen Gefangenen in den besetzten Gebieten. Der Reichskanzler äußerte sich dabei u. a. in folgendem Sinne: Unsere bestimmte Erwartung, daß die erste und selbstverständliche Folge der Einstellung des Ruhrkampfes die Freilassung der politischen Gefangenen sein würde, ist leider nicht erfüllt worden. Alle Bemühungen der deutschen Regierung, eine allgemeine Amnestie für diese Gefangenen herbeizuführen, sind an der ablehnenden Haltung Frankreichs gescheitert.

Noch jetzt befinden sich etwa 1 500 durch alliierte Kriegsgerichte verurteilte Deutsche in Gefangenschaft. Zu diesen kommen noch 40 Gefangene hinzu, die nach Frankreich, und 6 Gefangene, die nach Belgien deportiert worden sind.

Die verantwortlichen französischen Stellen nehmen sogar jetzt noch Verhaftungen auf Grund von Handlungen vor, die rein politischen Charakters sind und in die Zeit des Ruhrkampfes fallen. In den französischen Gefängnissen des besetzten Gebietes befindet sich auch eine ganze Reihe von Untersuchungsgefangenen, bei seit etwa einem Jahre darauf warten müssen. Noch beklagenswerter ist natürlich das Schicksal der in die Zuchthäuser und Gefängnisse Frankreichs verschleppten Deutschen. Fern von der Heimat und infolge der Langwierigkeit des Briefverkehrs ohne Nachricht von ihren Angehörigen müssen die Unglücklichen getrennt von einander unter französischen Schwerverbrechern ihr Dasein fristen. Ein blühendes Menschenleben, der 23jährige Willi Dreyer ist dieser Art des Strafvollzuges bereits zum Opfer gefallen. Zu spät wurde der Totkranke von der französischen Regierung freigelassen, so daß es ihm nicht vergönnt war, lebend in die Heimat zurückzukehren. Uebrigens handelt es sich bei diesen Deportierten nicht etwa nur um sogenannte Saboteure. Es befinden sich darunter Männer, die sich zwar vielleicht mit dem Gedanken getragen haben, ihrem Vaterlande durch Akte der Sabotage zu dienen, die diesen Gedanken aber tatsächlich niemals ausgeführt haben. Es befindet sich ferner darunter ein Familienvater, der sich in Uebereinstimmung mit den Anordnungen seiner vorgesetzten Behörde lediglich geweigert hat, einen französischen Befehl telephonisch weiterzugeben.

Nach den mir vorliegenden Nachrichten gewinnt es fast den Anschein, als ob sich die französische Regierung zur Freigabe der Gefangenen erst nach der Lösung der Reparationsfrage entschließen will. Es widerstrebt mir einstweilen noch, daran zu glauben, daß die französische Regierung wirklich die Absicht haben sollte, die verzweifelte Lage der Gefangenen auszunutzen, um einen Druck auf die deutsche Regierung in der Reparationsfrage auszuüben.

Es ist allerdings Tatsache, daß die französischen Besatzungsbehörden in verschiedenen Fällen ganz offen dazu übergegangen sind, die Festnahme von Personen als Druckmittel zu verwenden. Sie haben namentlich versucht, durch Festnahme von Geiseln die ordnungsmäßige Strafverfolgung von französischen Staatsangehörigen im nichtbesetzten Gebiet zu beeinflussen.

Das ganze deutsche Volk ist durch diese schmachvolle Behandlung unserer Landsleute im tiefsten Innern verletzt. Wenn man im Ausland Kritik daran üben zu müssen glaubt, daß in Deutschland die Strömungen an Kraft gewinnen, die auf eine Wahrung der deutschen Rechte mit den Mitteln der Gewalt hindrängen, so sollte man dabei doch nicht vergessen, daß es undenkbar ist, diese Strömungen in die richtigen Bahnen zu lenken, so lange dem deutschen Volk die Erfüllung einer so elementaren Forderung der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wie es die Freilassung der Gefangenen ist, versagt bleibt.

Französische Erpressungsversuche.

Hoesch bei Poincare.

Um die Erneuerung der Micumverträge

Paris, 5. April. Der deutsche Botschafter, Herr von Hoesch, hat heute einen Besuch bei Herrn Poincare gemacht und einen diplomatischen Schritt unternommen, der zur Herbeiführung eines Provisoriums zwischen dem Ablauf der Micumverträge und dem Abschluß neuer Abmachungen im Ruhrgebiete führen soll. Ueber das Ergebnis der Aussprache wird vorläufig nichts mitgeteilt. Wie zu der Unterredung von Hoesch mit Poincare von französischer Seite mitgeteilt wird.

hat die französische Regierung kein Hehl daraus gemacht, daß sie unbedingt auf der Erneuerung der Micumverträge bestehen bleiben muß, und daß, wie bereits der Minister für öffentliche Arbeiten in der gestrigen Kammersitzung angedeutet hat, sich erforderlichenfalls entschließen wird, durch besondere Maßnahmen die Fortsetzung dieser Verträge zu erzwingen.

Die Unterredung, die Botschafter von Hoesch mit Poincare hatte, wird von den Pariser Leitartiklern lebhaft kommentiert. Heute wird von den Morgenblättern behauptet, daß drei Fragen zur Sprache gebracht wurden. Erstens, die Micumverträge, die bekanntlich am 15. April ablaufen, zweitens, die deutsche Abrüstung im Zusammenhang mit der letzten der Botschafterkonferenz zugestellten Note der Reichsregierung, und drittens, die Sachverständigenberichte.

* * *

Die Micumlasten untragbar.

Der Reichskohlenrat und der Reichskohlenverband befaßten sich mit dem von der Micum einerseits und dem Bergbauverein andererseits zur Beurteilung der finanziellen Lage des Ruhrbergbaues zusammengestellten Zahlenmaterial. Sie kamen einstimmig zu dem Ergebnis, daß die jetzigen Micumlasten untragbar sind, da sie die Vermögensbestände der Bergwerke in erschreckender Weise aufzehren und die Lebensbedingungen des Bergbaues und der Bergarbeiterschaft zerstören. Reichskohlenrat und Reichskohlenverband gaben der Erwartung Ausdruck, daß für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrbergbau nach dem 15. April eine Lösung gefunden werde, welche aus diesen unerträglichen Zuständen herausführt, bevor ein völliger Zusammenbruch erfolgt.

Degoutte sieht Gespenster.

Paris, 5. April. Havas meldet aus Koblenz daß Tirard im Einverständnis mit Degoutte ein Programm neuer Untersuchungen und Strafmaßnahmen zur Unterdrückung angeblicher nationalistischer Geheimverbände entworfen habe. Schon vor sechs Wochen habe die Rheinlandkommission einstimmig eine Verordnung beschlossen, die zur Unterdrückung der Tätigkeit aller Geheimverbände führen soll, und die die dauernde Verbannung als Strafe vorsieht. Seitdem sei in Koblenz ein außerordentlicher Ausschuß aus Vertretern der Sicherheitstruppen, der drei verbündeten Armeen und aus technischen Ratgebern zusammengetreten.

Dieser Ausschuß will das Vorhandensein einer allgemeinen Gefahr festgestellt haben. Darauf sei man sofort zur Ergreifung von Maßnahmen geschritten, die vor allem auf Beobachtung der früheren deutschen Aktionen und Reserveoffiziere sowie auf Ueberwachung der Schuljugend und die Verhinderung von Rekrutierungen und militärischen Uebungen hinauslaufen.

Ueberdies habe General Degoutte durch die militärischen Sicherheitstruppen eine groß angelegte Untersuchung im Rhein- und Ruhrgebiet vornehmen lassen. Gerichtliche Schritte seien eingeleitet und militärische Strafmaßnahmen in Erwägung gezogen worden.

*

Elberfeld, 5. April. Französische Truppen haben im Elberfelder Gebiet eine Reihe von Häusern in die Besatzungslinie neu einbezogen, welche bisher im unbesetzten Gebiet lagen.

Um den Franken.

Die Stützungsaktion und ihre Folgen.

Eine große Anzahl wertvoller Altertümer und sonstiger Schätze, die während unserer Inflationszeit um wenig Geld nach Paris gewandert waren, sind in den letzten Monaten wieder zurückgekommen. Franken waren ja billig geworden. Noch vor dem heutigen Italienfieber hat es eine Pariser Reiseepidemie bei uns gegeben. In Berlin laufen Damen mit drüben gekauften Seidenkleidern herum, die nach unserem Gelde bloß 28 Rentenmark gekostet haben.

Diesen vergnüglichen Seiten des Frankensturzes stand freilich auch eine Kehrseite gegenüber. Solange die Papiermark dem Nichts entgegenflackerte, hatten die Franzosen, nicht zuletzt die in unserem besetzten Gebiet, besinnungslos deutsche Aktien und Gesellschaftsanteile gekauft, Papiere, die einst einen Nominalwert von 1000 Goldmark gehabt hatten und nur für wenige Franken zu haben waren. Immer wieder wurden Haufen an der Berliner Börse mit dem Satze begründet: „Unter besonders starker Nachfrage aus Rheinland-Westfalen". Die Kölner Bankhäuser hatten alle Hände voll zu tun, um ihre französischen Auftraggeber zu befriedigen. Die Berliner Börse war alltäglich „fest", „lebhaft", „stürmisch", und der deutsche kleine Mann machte den Wirbel mit, kaufte und verkaufte, verkaufte und kaufte, notierte scheinbare Riesengewinne und gönnte sich gelegentlich darauhin etwas Gutes. Vom nächsten Coup wird ein Auto gekauft, hieß es in dem Hause. Ein Reiherhut hieß es in dem anderen. Endlich ein neues Tischtuch, hieß es im dritten.

Mit der Rentenmark kam die Wahrheit und das große Erschrecken; die scheinbaren Kapitalien schrumpften auf ein Bettelgeld zusammen. Das Sinken des Franken aber um die Jahreswende veranlaßte die Franzosen, die bei steigender Teuerung notwendig Geld brauchten, Hals über Kopf ihre deutschen Papierwerte abzustoßen, um, ganz wie es einst bei uns Mode war, sich für den Erlös „Sachwerte" hinzulegen, 100 Meter Wäschestoff oder einen Sack Reis. So bekamen wir die schönste Baisse, da fast nur noch Verkaufsaufträge an der Börse vorlagen.

Die Aasgeier, die uns bis Ende 1923, bis zum Siege der Rentenmark und damit dem Ende der deutschen Inflation, übel zugerichtet und ausgeplündert hatten, stürzten sich auf den Franken. Die gesamte internationale Spekulation ging nach Paris, um zu sitzen. Auch die Berliner Spekulation — und ihr Anhang im Publikum — ist böse hereingeschlittert. Zur Abdeckung waren auf einmal Franken in erheblichem Umfange nötig. Der Bedarf war so groß, daß es zu einer richtigen Franken-Hausse kam und an einzelnen Tagen die offizielle Zuteilung in Franken sich auf 1 Proz. beschränkte. Wer mehr brauchte, der mußte sie sich, koste es, was es wolle, unter der Hand besorgen, also andere Papiere, deutsche Effekten, auf den Markt werfen. Auch das hat wieder auf unsere Kurse gedrückt. Das Geschäft in deutschen Werten schläft ebenso ein, wie vorher das wilde Treiben im Devisenhandel aufhörte: verschiedene kleine Bank- und Wechselstuben in Berlin, die bisher glänzend von ihrem Publikum lebten, sind jetzt in Bonbon- oder Zigarettenläden umgewandelt worden; die Ernüchterung ist groß.

Die Stützungsaktion für den Franken ist den Franzosen viel leichter gefallen als uns vor nur einem Jahre die für die Papiermark. Die Morgan-Anleihe von lumpigen 100 Millionen Dollar, noch dazu vermutlich gegen Hergabe von Goldsicherheit im Auslande, ist dabei nicht die Hauptsache. Da die Bank von Frankreich über 3½ Milliarden Franken Goldbestand hat, kann sie sich aus Eigenem solche Aktionen schon gestatten. Die Frage ist nur, ob der Erfolg von Dauer sein wird. Solange der französische Staatshaushalt nicht durch Steuereingänge balanziert wird, sondern durch Anleihen mit der vagen Hoffnung, daß einst die Deutschen alles bezahlen müssen, ist die Aussicht gering. Damit regiert man nicht lange. Wenn aus unseren Reichstagswahlen ein nationales Deutschland wiederersteht, das die Zähne zusammenbeißt und alles für „den" Tag vorbereitet, an dem wir in die neue Welt-Entente gegen Frankreich aufgenommen werden, dann wird auch unser Kurszettel alsbald anders aussehen.

X

Der Aufmarschplan gegen Deutschland

Hamburg, 5. April. In Ergänzung der Enthüllungen über die französisch-tschechische Militärkonvention veröffentlicht das „Hamburger Fremdenblatt" nach einem schwedischen Gewährsmanne die Militärkonvention selbst. Ueber die gemeinsamen Operationspläne wird u. a. mitgeteilt: Die vereinigten polnischen und tschechoslowakischen Armeen zusammen heißen „Ostarmee". Zusammenwirken mit der französischen Armee wird besonders betont, besonders betreffs

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240406017/fragment/page=0001

der Luftstreitkräfte. Die Hauptaktion gegen Deutschland muß so rasch wie möglich durchgeführt werden. Um russische Verstärkungen auf dem Seewege nach Deutschland zu verhindern, soll polnischerseits Bewachung der Küste angeordnet werden. Ostpreußen soll über die Linie Allenstein-Königsberg von jeder Verbindung mit dem übrigen Deutschland abgeschnitten werden. Die Ostarmee muß bereit sein zu einer Offensive gegen Bayern im Zusammenhang mit dem Vorstoß der Westarmee (der französischen Armee) gegen Franken und die Mainlinie. Das Kriegsziel ist dabei eine Vereinigung zwischen den verbündeten Armeen Frankreichs und der Tschechoslowakei.

Verzögerung des Schlußberichtes.

Paris, 5. April. Die Schlußberichte der Sachverständigen haben wegen der Frage der Bemessung der deutschen Zahlungen eine neue Verzögerung erfahren. Man rechnet mit der Uebergabe und Veröffentlichung am Dienstag.

*

Paris, 5. April. (Eigene Drahtmeldung.) „Echo de Paris" erfährt aus dem besetzten Gebiet, daß auf Grund der am 4. April unternommenen französischen Polizeioperation bereits 61 Verhaftungen erfolgt seien. Insgesamt seien 240 Haussuchungen vorgenommen worden. In Gelsenkirchen wären hochinteressante Geheimdokumente zutage gefördert worden. Die Rheinlandkommission bereitet zurzeit neue Maßnahmen vor, die der neuen Aktion zur höchsten Wirksamkeit verhelfen sollen. Das Blatt behauptet weiter, daß von den neuen Maßnahmen insgesamt 30 nationalistische Geheimbünde betroffen würden.

Rücktritt der württembergischen Regierung

Stuttgart, 5. April. (Eigene Drahtmeldung.) In der heutigen Sitzung des Landtages erklärte die württembergische Regierung ihren Rücktritt, da ein vom Zentrum eingebrachter Antrag, die Entscheidung über den Abbau der Oberämter erst nach den Wahlen zu treffen, von der Rechten unterstützt, mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Neue Anklagen gegen Zeigner.

Leipzig, 5. April. Wegen seiner am 7. August im Leipziger Volkshaus und am 18. Oktober vorigen Jahres im sächsischen Landtag gehaltenen Reden ist gegen Dr. Zeigner vom Oberreichsanwalt ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden. Wie ferner verlautet, soll Zeigners Mitangeklagter Möbius dem Untersuchungsrichter erklärt haben, daß seine Aussagen in der Hauptverhandlung, die durchweg Zeigner sehr stark entlasteten und durch die Möbius alle Schuld auf sich zu nehmen suchte, unwahr gewesen seien. Dagegen seien seine ersten, Zeigner schwer belastenden Aussagen vor dem Untersuchungsrichter wahr gewesen. „Ob ein neues Verfahren eingeleitet wird, steht noch nicht fest.

Keine Gefährdung der Rentenmark. Gestern abend hat der Verwaltungsrat der Rentenbank eine Sitzung abgehalten, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilgenommen haben. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende des Reichslandbundes und des Verwaltungsrates der Rentenbank, Hilger: Die Möglichkeit einer Erschütterung der Rentenmark vom Auslande bestehe nicht. Die einzige Befürchtung, die man vielleicht hegen könnte, läge in der etwaigen Hergabe großer Kredite, doch auch in dieser Beziehung sei die weitestgehende Vorsorge getroffen. Die Rentenmark wird stabil bleiben!

Die deutschen Richter brandmarken Frankreich. Der Deutsche Richterbund erinnert in einer Protestkundgebung daran, daß die Franzosen nach der Verhaftung des vom Reichsgericht wegen Spionage zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilten französischen Kapitäns d'Armont dessen Freilassung verlangten und deutsche Geiseln festsetzten. Die deutschen Richter erheben flammenden Protest gegen diesen unerhörten Akt französischer Willkür, der Recht und Gerechtigkeit aufs neue mit Füßen tritt. An die Richter aller Völker richten sie die Bitte, sich ihrer Empörung gegen diese Kulturschande und Beschimpfung des Rechtsgedankens anzuschließen.

Reichsfinanzen und Goldanleihe.

Von Staatsminister Dr. Karl Helfferich.

Bei den Beratungen des Haushaltsausschusses über das Notbudget für das Rechnungsjahr 1924 hatte ich Veranlassung, das Reichsfinanzministerium um Aufklärung über die Zusammensetzung der in den Dekadenausweisen der Reichsfinanzverwaltung erscheinenden Ausgabeziffern, deren Entwicklung mir auffällig erschien, zu ersuchen. Die damals zunächst vertraulich gegebene Aufklärung zeigte, daß die veröffentlichten Ausgabeziffern ein gänzlich falsches und irreführendes Bild der Gestaltung der Reichsfinanzen seit der Ausgabe der Rentenmark geben. In Wirklichkeit ist die Entwicklung der Reichsfinanzen seit dem 20. November v. J., dem Tage der Stabilisierung der Mark, wesentlich günstiger als sie in den Dekadenausweisen erscheint: insbesondere ergab sich, daß die Befürchtungen, die in in- und ausländischen Fachkreisen vielfach aus dem starken Budgetdefizit des Februar für die Aufrechterhaltung der Stabilität des deutschen Geldwertes hergeleitet wurden, in der tatsächlichen Gestaltung der Reichsfinanzen keine Grundlage haben.

Schon in jener Ausschußsitzung habe ich der Reichsfinanzverwaltung dringend nahegelegt, die Oeffentlichkeit über den wahren Sachverhalt aufzuklären. In der Reichstagssitzung vom 12. März, gelegentlich der Beratung des Gesetzes über die Ausprägung von neuen Reichssilbermünzen, habe ich unter Hinweis auf die Frühjahrswelle diese Aufforderung wiederholt. Denn es schien mir im Interesse der Erhaltung des Vertrauens in die Stabilität unseres Geldes von größter Wichtigkeit, den

falschen Eindruck der bisherigen Dekadenausweise

richtigzustellen.

Das Finanzministerium ist nunmehr bei der Veröffentlichung des Ausweises für die erste Märzdekade dieser Aufforderung erfreulicherweise gefolgt, neben den Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung werden erstmalig die Steueranteile für die Länder und Gemeinden und — was das entscheidende ist — die Aufwendungen für den „Rückkauf von Goldschatzanweisungen zum Zweck der Kursstützung" getrennt nachgewiesen. Die gleiche Detaillierung wurde rückwärts für die Monate Dezember, Januar und Februar vorgenommen. Das Ergebnis ist, daß für den „Rückkauf von Goldschatzanweisungen" im Januar 126,2, im Februar 120,8 und in der ersten Märzdekade 33,8 Millionen Goldmark aufgewendet worden sind.

Was das bedeutet, ergibt sich aus folgender Uebersicht:

(in Millionen Goldmark)

	Ausgaben insgesamt	Ausgaben davon in Rückkauf v. Goldsch.-anweisung	tatsächl. Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) bezw. Defizit (−) scheinbar	Überschuß (+) bezw. Defizit (−) wirklich
Dez. 1923	499	—	499	164	− 335	− 335
Jan. 1924	443	126	317	441	− 2	+ 124
Februar	479	121	358	341	− 138	− 17
1.-10. März	162	34	128	150	− 12	+ 20

Da die außerordentlichen Aufwendungen für den Rückkauf von Goldschatzanweisungen des Reichs nach dem Satze „Wer Schulden zurückzahlt, verbessert sein Vermögen" als Ausgaben nur in kassentechnischen, nicht aber in finanzwirtschaftlichem Sinne angesehen werden können, ergibt sich also für den Januar statt des ausgewiesenen Fehlbetrages von 2 Millionen Goldmark ein Ueberschuß von 124 Millionen, im Februar statt des Fehlbetrages von 138 Millionen nur ein solcher von 17 Millionen, für die erste Märzdekade

statt des Fehlbetrages von 12 Millionen ein Ueberschuß

von 22 Millionen Goldmark, insgesamt für die Zeit vom 1. Januar bis 10. März statt eines Fehlbetrages von 152 Millionen ein Ueberschuß von 129 Millionen Goldmark!

Die Frage liegt nahe: wie erklärt es sich, daß seit Beginn des Jahres mehr als 280 Millionen Goldmark, etwa 30 v. H. der gleichzeitigen Einnahmen, für den „Rückkauf von Goldschatzanweisungen des Reichs zum Zweck der Kursstützung" aufgewendet werden mußten? Die „Goldschatzanweisungen", um die es sich handelt, sind nicht etwa die kurzfristigen „Dollarschätze", sondern die sog. Goldanleihe des Reichs, die erst 1935 zur Rückzahlung fällig ist. Die Anleihe ist im August vorigen Jahres begeben worden; es wird dabei ein Betrag von 304 Millionen Goldmark unterabgeschrieben. Als im Herbst v. J. unser Geldwesen völlig zusammenbrach, alles nach einem wertbeständigen Zahlungsmittel schrie und die Rentenmark infolge der Widerstände, die sich ihrer Schaffung entgegengestellt hatten, noch nicht gerat war, versiel man auf den Ausweg, kleine Stücke der Anleihe, im Betrag von 500 Millionen Goldmark gesetzlich autorisierten Goldanleihe des Reichs ohne Zinsscheine als Zahlungsmittel ausgegeben, wobei das Reichsfinanzministerium die Verpflichtung übernahm, diese kleinen Stücke im Laufe des Januar 1924 auf Wunsch gegen Rentenmarkscheine einzulösen. So kamen für 296 Millionen Goldmark diese kleinen Goldanleihestücke gewissermaßen als Zwischenscheine für die Rentenmark in Verkehr.

Im Januar machte das Finanzministerium war bekannt, daß es bereit sei, die kleinen Stücke einzulösen, es setzte aber keine Frist, bei deren Ablauf die Stücke die Eigenschaft als Zahlungsmittel verlieren sollten. Das Finanzministerium sah es im Gegenteil bei seinen knappen Kassenverhältnissen nur allzu gern, daß die Stücke im Umlauf blieben. Aus dieser Duldung ergab sich aber die Notwendigkeit, die Goldanleihe auf dem ihr beigelegten Nennwert und dem sich daraus ergebenden Wertverhältnis zur Rentenmark und Reichsbankmark zu halten. Da man glaubte, einen Unterschied zwischen den als Zahlungsmittel ausgegebenen kleinen Stücken ohne Zinsscheine und den großen Stücken mit Zinsscheinen nicht machen zu können, wurde die Kursstützung von Anfang an auch auf die großen Stücke erstreckt. Der Erfolg war, daß die Reichsfinanzverwaltung nunmehr — statt für die 296 Millionen kleiner Stücke — für den ganzen Betrag von 500 Millionen gerade stehen mußte. Wie sich aus den oben wiedergegebenen Zahlen ergibt, waren

bis zum 10. März 218 Millionen Goldmark aufgenommen.

Es ist anzunehmen, daß davon der weitaus größere Teil auf die großen Stücke entfällt, die im letzten August mit so viel Mühe untergebracht worden sind. Es liegt hier ein banktechnischer Kunstfehler vor, der sich bei einem sachgemäßen Vorgehen m. E. hätte vermeiden lassen und der die Reichsfinanzverwaltung in kritischer Zeit überflüssigerweise mit der Rückzahlung einer langfristigen Anleihe von mehr als 200 Millionen Goldmark belastet.

Die Aufdeckung dieses Fehlers und die sich daraus ergebende Berichtigung der Dekadenausweise der Reichsfinanzverwaltung darf selbstverständlich nicht zu der Annahme führen, daß mit unseren Reichsfinanzen alles aufs Beste bestellt sei. Der beträchtliche Ueberschuß des Januar erklärt sich daraus, daß auf diesen Monat große einmalige Einnahmen zusammengedrängt wurden. Der Februar, für den solche Erträgnisnahmen nicht zur Verfügung standen, brachte im Endergebnis ein Defizit. Der Ueberschuß der ersten Märzdekade hängt zweifellos mit der Einzahlung der ersten Halbjahresrente der Vermögenssteuer zusammen. Vor allem aber muß man sich vor Augen halten, daß weder der Steuerdruck noch die Ausgabenbeschränkungen in ihrer gegenwärtigen Intensivität für eine längere Dauer erträglich sind. Nur der Betrag der Produktion und der Erträgnisse der Wirtschaft — das muß immer wieder betont werden — kann den rettenden Ausgleich schaffen. Solange diese Sanierung der Reichsfinanzen durch die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft nicht erreicht ist, wird auch die „Reparationsfrage" im Nebel bleiben.

Kunst und Wissenschaft

Die Bayreuther Festspiele.

In diesem Sommer finden bekanntlich vom 22. Juli bis 20. August zum erstenmal nach dem Kriege in Bayreuth wieder Wagners Bühnenfestspiele statt. Es sollen zur Aufführung gelangen: „Die Meistersinger von Nürnberg", „Parsifal" und „Der Ring des Nibelungen". Die Oberregie führt Siegfried Wagner. Er wird unterstützt werden von Luise Reuß-Belce und Oberregisseur Dumas aus Schwerin. Als Dirigenten sind vorgesehen: Muck, Balling, Busch und Kähler, den Chor leitet Professor Rüdel. Die mitwirkenden Kräfte stammen ausnahmslos aus Deutschland oder den nordischen Ländern.

Wie von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, sind die sämtlichen Vorstellungen bereits ausverkauft, doch werden Vormerkungen ab Mai-Juni für eventuell zurücktretende Karten oder etwa wieder freigewordene Plätze entgegengenommen. Der Preis der Eintrittskarte wird voraussichtlich 35—40 Goldmark betragen.

Eröffnung der Innsbrucker Oper. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat das dortige Stadttheater unter der Direktion Max Höllers seine Opernspielzeit nunmehr mit eigenem Personal eröffnet. Zur Eröffnung wurde Verdis „Othello" unter der Leitung von Oberspielleiter Friedrich Rambach und Musikdirektor Max Köbler gegeben. Der rührige Direktor des Innsbrucker Stadttheaters wird im April auch noch eine Kammerspielbühne eröffnen.

„Die verkaufte Braut" in aller Welt. In allen größeren Städten des Kontinents haben anläßlich des 100. Geburtstages Smetanas Aufführungen von dessen Oper „Die verkaufte Braut" stattgefunden. Besonders großen Beifall hat die Oper, Vielbesprochen zuteilge, in Budapest und Madrid gefunden; in Madrid wurde sie von einem tschechischen Ensemble zur Aufführung gebracht.

Rußlandreise Oskar Friebs. Oskar Fried hat sich in dieser Saison zum zweiten Male nach Rußland begeben, wo er noch in dieser Saison 24 große Orchester-Konzerte in Moskau und Petersburg dirigieren wird. In beiden Städten wird u. a. ein Beethoven-Zyklus, der sämtliche Symphonien des Meisters umfaßt, zur Aufführung gelangen.

Fritz von Unruh arbeitet den „Rosengarten" um. Vor einiger Zeit wurde aus Wien gemeldet, daß das Burgtheater Fritz von Unruhs Drama „Der Rosengarten" zur Aufführung erworben habe. Wie wir jetzt erfahren, hat Unruh nach einer Rücksprache mit Direktor Herterich das Stück, das bei seiner Uraufführung in Darmstadt bekanntlich nur einen Achtungserfolg davongetragen hatte, zurückgenommen, um es einer Umarbeitung zu unterziehen. In der neuen Fassung wird es dann am Burgtheater zur Aufführung gelangen.

Viele tausend Schritte

machst du täglich. Jeder Schritt bedeutet Kraftverlust, erschüttert auf harten Lederabsätzen das Nervensystem und bringt vorzeitige Ermüdung. Die Continental-Absätze aus bester Gummimischung legen in federnde Kissen zwischen Absatz und Straße, schonen die Nerven u. lassen keine Müdigkeit aufkommen. Sie sind billiger und haltbarer als Leder. Millionen im Gebrauch.

Continental Absätze und Sohlen

Zu haben bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Reifen!

Der Meister.

Ein Kriminalroman von Ludwig Kapeller.

(25. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

XVI.

Wiemann war auf dem Wege zu Niedorfs; er hatte sich der herzlich und dringend wiederholten Einladung Henriettes nicht entziehen können, und seine Befürchtung, er habe sich durch sein Benehmen die Gunst des Hauses verscherzt, hatte sich beruhigt. So ging er in der freudigen Erwartung, heute mit stärkerem Bewußtsein Henriettes Gesellschaft genießen zu können.

Er hatte an der Kaiser-Eiche die Straßenbahn verlassen, ging nun, von freudiger Hast beseelt, die Rheinstraße hinunter und schaute sich um, irgendwo ein Geschäft zu entdecken, wo er ein paar Blumen erstehen könnte. Da lief ihm ein Mann fast in die Arme, der, als er ihn erkannte, in jäher Verlegenheit erbleichte und in einem raschen Bogen einen Zusammenstoß vermeiden wollte; aber Wiemann hatte ihn bereits erkannt und rief ihn an: „Herr Kremser, wohin so eilig?"

Der Angerufene stand und sah hilfesuchend um sich; aber Wiemann hatte bereits seine Hand gepackt, schüttelte sie wie zu einer freundlichen Begrüßung, und mit einem geschickten Griff hatte er des Widerstrebenden Arm unterhakt. „Sie wollen sicherlich gerade zu mir kommen, um mir von Ihren Erfolgen zu berichten!" sagte Wiemann ironisch.

Kremser nickte eifrig, schnell seine seltsame Lage erfassend, und beteuerte:

„Jawohl, Herr Kommissar! Ich wollte schon heute morgen kommen; aber ich wollte ganz sicher gehen."

Jetzt lachte Wiemann aus vollem Halse:

„Menschenskind, machen Sie doch keine Zicken!"

„Nein, nein, Herr Kommissar, so wahr ich Kremser heiße: ich habe ihn gestern abend aufgespürt, und noch vor zehn Minuten war ich mit ihm zusammen. Um ihn sicher zu machen, habe ich mit ihm ein großes Ding verabredet, und morgen früh komme ich bestimmt zu Ihnen, Herr Kommissar!"

„Kommen Sie lieber gleich mit, verehrter Herr Kremser, zu zweien kommen wir sicherer hin!" und Wiemann wollte umkehren, den Entwischten der nächsten Polizeiwache zu übergeben; da fiel sein Blick zufällig auf eine Uhr, und ärgerlich stellte er fest, daß er viel zu spät käme, wenn er jetzt noch mit Kremser zur Wache laufen würde. Der Gedanke an Henriettes Tee den ganzen Groll gegen seinen Beruf in ihm aufsteigen, und mit einer raschen Bewegung ließ er Kremser los:

„Also trafen Sie! Aber sind Sie morgen bis zehn Uhr nicht mir mit, dann bete ich Ihnen sämtliche Polizeibunde Berlins auf den Hals!" und mit einem ärgerlichen Griff hatte er dem Verbrecher das Taschentuch aus der Hose gerissen, hüllte es sorgfältig in ein Blatt Papier und steckte es zu sich.

Mit einer tiefen Verbeugung verabschiedete sich Kremser und lief eiligst davon.

Wiemann lächelte: den würde er nicht wiedersehen, wieder morgen noch sonstwann! Aber der Gedanke, daß er eben seine Pflicht vernachlässigt hatte, beschmerzte ihn nicht ernstlich; auch er wollte einmal Mensch sein. Und jetzt ging er zu Niedorfs.

Henriette empfing ihn mit einer herzlichen Höflichkeit; sie war allein und entschuldigte den Vater, der eben erst von einem längeren Spaziergang heimgekehrt sei und sich erst umziehen müsse. Wiemann war glücklich, eine Viertelstunde mit ihr allein zu verbringen zu können; dann erschien der Staatsanwalt; er war zunächst zerstreut und beteiligte sich kaum an der Unterhaltung.

Plötzlich wandte er sich, ganz unvermittelt, an Wiemann:

„Wie weit sind Sie eigentlich mit Ihren Ermittlungen im Fall Lank? Dem eigentlichen Täter sind Sie wohl noch immer nicht auf der Spur?"

Wiemann erschrak; er schaute Henriette an, aber in ihren Zügen zeigte sich keine Erregung.

„Nein, Herr Staatsanwalt, wir haben zwar viele Spuren verfolgt, aber keine hat bisher zu einem Ergebnis geführt."

„Glauben Sie ernsthaft, daß Sie den Meister noch ermitteln werden? Nach allem, was man von ihm weiß, ist er einer der vorsichtigsten und klügsten Verbrecher, die es je gegeben hat?"

„Man weiß leider nicht sehr viel von ihm!"

„Aber Sie wissen doch wenigstens, wie er aussieht?"

„Nicht einmal das! Wir tappen vollkommen im Dunkeln und sind auf die Gunst eines Zufalls angewiesen."

„So steht die Untersuchung im Augenblick eigentlich still?"

„Wenn ich ehrlich sein soll: ja, Herr Staatsanwalt."

„Und glauben Sie wirklich an irgendeinen günstigen Zufall, der Ihnen den Meister in die Arme treiben soll?"

Wiemann zuckte die Achseln: „Wir haben leider keine andere Hoffnung."

Der Staatsanwalt lächelte, und mit einer sonderbaren Befriedigung sagte er: „Dieser Fall beweist doch eigentlich allzugut, daß Polizei und Gerichte machtlos sind, wenn sie einem wirklich ebenbürtigen Gegner gegenüberstehen?!"

„Dieser „Meister" ist uns nicht ebenbürtig, er ist uns überlegen, Herr Staatsanwalt! Wenigstens habe ich in den letzten sehr Jahren kein Verbrechen bearbeitet, das mit einer derartig genialen Umsicht und mit so raffinierten Mitteln vorbereitet war! Und wenn Sie meine persönliche Ueberzeugung wissen wollen: ich fürchte, dieses erste wird nicht das letzte Mal sein, daß wir uns mit diesem Meister in seinem Fach beschäftigen müssen!"

Niedorf nickte.

„Da mögen Sie recht haben. Sein Deckmantel jetzt jedenfalls nicht so aus, als sei es das eines Dilettanten oder Gelegenheitsmachers. Ich habe mich gerade mit diesem Fall sehr eingehend beschäftigt," setzte er erklärend hinzu, „aber eine Frage, Herr Wiemann: Sind Sie eigentlich auf den Gedanken gekommen, in dieser Tat einen Mord zu vermuten? Zunächst mußte doch der Eindruck entstehen, daß der . . . der junge Mann Selbstmord begangen hatte; und diesen Eindruck hatte der Täter fraglos auch beabsichtigt!"

Wiemann war überrascht über die genaue Kenntnis der Dinge, über die Niedorf verfügte.

„Das ist vielleicht das Rätselhafteste an diesem Fall, Herr Staatsanwalt! . . ." Wiemann zögerte; dann fuhr er fort: „In diesem Kreise darf ich es sagen: die Polizei ist noch in der Nacht der Tat durch den Fernsprecher alarmiert worden!"

„Es kann doch aber vor Ihrem Eintreffen in der Eichenstraße niemand etwas von der Tat gewußt haben?"

„Das ist das unlösbare Rätsel! Es wäre überhaupt niemals der Verdacht aufgetaucht, daß Herr Lank einem Mord zum Opfer gefallen ist, wenn wir durch den Anruf nicht direkt gezwungen gewesen wären, sozusagen vorsichtsmäßig Verdacht zu schöpfen!"

„Und Sie haben keine Ahnung, woher der Anruf kam?"

„Nein, dieser Anruf ist ganz unerklärlich. Die Täterin kann es nicht gewesen sein, denn das wäre irrsinnig gewesen, wir sind da . . ."

„Wenn es nun der Meister selbst wäre," sagte der Staatsanwalt und schien gelpannt, wie Wiemann diese Vermutung aufnehmen würde.

„Welches Interesse sollte er gehabt haben, sich selbst die Polizei auf den Hals zu laden?"

„Nun, wenn es wirklich ein Verbrecher ist aus Neigung und Beruf, für den man ihn wohl halten darf, dann wäre unter Umständen auch das zu verstehen; er wollte die Polizei, wollte Kriminalchleute zu Richtern aufrufen über seine Leistungsfähigkeit, wollte an der polizeilichen Untersuchung und ihren Ergebnissen studieren, wo noch Fehler lagen und Schwächen in seinem System! Er hat einen Schulfall konstruiert, an dem er für die Zukunft lernen wollte. Deshalb hat er selbst die Polizei auf seine Spur gehetzt!"

Wiemann war verblüfft über diese Konstruktion; das war eine Möglichkeit, die er noch nicht gewogen hatte. Und er konnte Niedorf mit seinen Annahmen nicht ganz unrecht geben:

„Dann wäre dieser Meister allerdings ein Verbrechergenie, wie wir es noch nicht gekannt haben; es wäre ein Mensch, wie Sie ihn neulich schilderten, Herr Staatsanwalt!"

Niedorf nickte; dann sagte er, ohne jeden Zusammenhang:

„Leider lag ich in jenen Tagen krank, so daß mir die Anfänge der Untersuchung nicht so geläufig sind, wie ich es wünschen würde. Ich pflege interessante Fälle bis in alle Einzelheiten zu studieren und pfuche Ihnen ein wenig ins Handwerk, Herr Wiemann: wie ich überhaupt der Ansicht bin, daß wir Juristen viel enger mit Ihnen zusammenarbeiten müßten: aber selber betrachtet jeder Richter und jeder Staatsanwalt in einem Verbrechen ein juristisches Problem, anstatt sich mit den kriminalistischen Grundlagen zu beschäftigen."

„Ich darf gestehen, Herr Staatsanwalt, daß Sie der erste Jurist sind, bei dem ich so viel Verständnis fand für kriminalistische Dinge!"

„O, Vater schreibt ganze Bücher über Kriminalfälle, die ihn interessieren," mischte sich Henriette ins Gespräch, als freute sie das Lob Wiemanns für ihren Vater.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240406017/fragment/page=0002